



Focus Paper

Eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok

Ein Mittel für Frieden und Wohlstand: Die Effekte einer
Freihandelszone zwischen der EU und Eurasischen Region

Focus Paper

Eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok

Ein Mittel für Frieden und Wohlstand:

Die Effekte einer Freihandelszone zwischen der EU und Eurasischen Region

Inhalt

Executive Summary	5
Einführung	6
Die politische Legitimation einer FHZ zwischen der EU und EAWU	8
Die Europäische Nachbarschaftspolitik	8
Die Eurasische Wirtschaftsunion und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	9
Überwinden von Spannungen und Schaffen von Vertrauen	10
Die makroökonomischen Effekte	14
Bedeutende Handelsschaffung	14
Wirtschaftliche Übergangseffekte	15
Schlussbemerkung	19
Abkürzungen	20
Quellen	20
Impressum	21

Executive Summary

1. Die gegenseitige Ausschließlichkeit der EAWU und der ENP hat zu zunehmenden Spannungen zwischen der EU und Russland geführt. Ein Überwinden dieser gegenseitigen Ausschließlichkeit und das Einrichten einer gemeinsamen Freihandelszone würden zu einer Überwindung dieser Spaltung und zur Wiederherstellung des Vertrauens und der Kooperationsbereitschaft beitragen.
2. Die wirtschaftlichen Vorteile einer Freihandelszone zwischen der EU und der EAWU (und potenziell weiterer GUS-Staaten) wären beträchtlich. Die Exporte aus der EAWU in die EU würden deutlich zunehmen. Sollte es zu einer ehrgeizigen Freihandelsvereinbarung kommen, würden Russlands Exporte in die EU um ca. 30 Prozent wachsen, während die Exporte der EU in die EAWU um nahezu 60 Prozent zunehmen würden. Dieser Anstieg des Exportvolumens brächte eine bedeutende Erhöhung des Realeinkommens mit sich – um ca. 3,1 Prozent in Russland und 4,9 Prozent in Weißrussland. Auch die östlichen Mitgliedsstaaten der EU würden einen Zuwachs des Realeinkommens um 1,2 bis 1,8 Prozent verzeichnen. Diese Vorteile würden noch eindrucksvoller ausfallen, wenn auch weitere GUS-Staaten einbezogen würden.
3. Eine Freihandelszone zwischen der EU und der Region Eurasien würde eine Neuausrichtung bestimmter Wirtschaftssektoren mit sich bringen. In den Ländern der EAWU ist es besonders wahrscheinlich, dass der Energie- und Rohstoffsektor profitieren wird, während in Europa voraussichtlich die Landwirtschaft und der Automobilsektor die größten Gewinne erzielen werden. Der Nettoeffekt für den Arbeitsmarkt wäre ebenfalls positiv; allerdings gälte es, eine vorübergehende Arbeitslosigkeit mit angemessenen Strategien zu bekämpfen.

Einführung

Der zwischenstaatliche Handel ist eine bedeutende Quelle des Wohlstands. Doch Handel bringt noch weitere Vorteile mit sich: Der Handel führt die Menschen zusammen und ermöglicht mehr persönliche Kontakte, die zu einem besseren gegenseitigen Verständnis, zu größerem Vertrauen und zu einem kulturellen Austausch führen. Tatsächlich haben sich Handelsallianzen bei der Vermeidung von Konflikten und der Aufrechterhaltung der Stabilität historisch viel besser bewährt als Militärbündnisse¹. Diese mit dem zwischenstaatlichen Handel verbundene Fähigkeit, Menschen zusammenzuführen, macht ihn zu einem willkommenen Mittel der Diplomatie. Handelsbeziehungen können zur Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Gräben in Europa und zur Schaffung einer stabileren und den allgemeinen Wohlstand fördernden Umgebung eingesetzt werden.

Die gegenwärtigen Spannungen an der Ostgrenze der EU nützen niemandem. Die Störung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und Russland im Anschluss an den Konflikt in der Ukraine hat die Rezession in Russland verschärft und dazu geführt, dass viele europäische Unternehmen, die Russland eigentlich als einen Wachstumsmarkt erachtet hatten, jetzt unter den Folgen der Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen leiden. Darüber hinaus hat das Klima der Konfrontation und des Misstrauens bewirkt, dass das Militär auf beiden Seiten die Muskeln spielen lässt. Viele Sicherheitsexperten und Politiker argumentieren allerdings, dass es wichtig sei, die Situation zu deeskalieren und wieder Vertrauen zu schaffen.² In diesem Kontext hat das Konzept einer Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok wieder an Bedeutung gewonnen. Eine derartige Freihandelszone würde den Binnenmarkt der EU und zumindest die Zollunion der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), vielleicht aber auch andere Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), enger miteinander verbinden.

Die Idee einer Freihandelszone von „Lissabon bis Wladiwostok“ wurde erstmals von Vladimir Putin bei einem Staatsbesuch im September 2001 in Berlin zur Sprache gebracht; im November 2010 wurde das Konzept vom russischen Präsidenten dann erneut aufgegriffen. Sein Ziel bestand im Abbau von Handelsschranken zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und der EU. Der damalige Bundeskanzler Schröder bezeichnete eine Freihandelszone mit der EU und der EAWU als „die einzige Möglichkeit, in einer globalisierten Wirtschaft mit den USA und China zu konkurrieren“. Es kam allerdings zu keinen konkreten Schritten in diese Richtung, auch nicht nach der Aufnahme Russlands in die WTO im Jahr 2012. Ein Jahr später führten Spannungen darüber, über die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens der Ukraine mit der EU, zu Auseinandersetzungen und zu einer Verschlechterung der europäisch-russischen Beziehungen. Anstelle Freihandel anzustreben wurden die wirtschaftlichen Verbindungen zu Russland stark zurückgefahren und Sanktionen verhängt.

Während die Aufrechterhaltung der bestehenden Sanktionen im Juni 2016 vom Europäischen Rat bestätigt wurde, lässt die Rhetorik beider Seiten den Schluss zu, dass in der nahen Zukunft eine Wiederannäherung wahrscheinlich ist. Sowohl Kanzlerin Merkel als auch Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatten bereits früher ihre Unterstützung für die Aufhebung aller Wirtschaftssanktionen bekundet, sobald sich Russland wirkungsvoll für Erfüllung des Minsker Abkommens durch alle Parteien eingesetzt hat.³ Für diesen Fall sehen sie auch eine Möglichkeit für eine allmähliche Einrichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und der EAWU. Sollten diese politischen Bedingungen erfüllt sein, wäre eine solche Freihandelszone nicht nur mit bedeutenden wirtschaftlichen Vorteilen, insbesondere für die der EAWU angehörigen Länder, verbunden, sondern hätte auch einen hohen sicherheitspolitischen Nutzen. Erstens könnte sie einen Anreiz für

¹ (Jackson, 2014)

² (Spiegel, 2016)

³ z.B. (Der Standard, 03.06.2016)

Russland darstellen, eine aktivere Rolle bei der Umsetzung des Minsker Abkommens zu übernehmen und an der Friedensstiftung in der Ukraine mitzuwirken. Zweitens würde eine Freihandelszone die Spannungen beseitigen, die sich aus der Rivalität zwischen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und den Bemühungen Russlands um die Aufrechterhaltung seiner Einflussphäre ergeben. Sie würde somit nicht nur zu einem größeren wirtschaftlichen Wohlstand beitragen, sondern auch zu einem Abbau der politischen Spannungen und zur Schaffung eines stabileren politischen Umfelds.

In diesem Aufsatz wird die politische und wirtschaftliche Legitimation einer solchen Freihandelszone beschrieben. Zunächst wird die Rolle von Freihandelszonen für die russische und die EU-Diplomatie besprochen, bevor die makroökonomischen Auswirkungen einer Freihandelszone unter Beteiligung der EU und der EAWU für sich allein bzw. unter Einbeziehung der übrigen GUS-Staaten dargestellt werden.

Die politische Legitimation einer FHZ zwischen der EU und EAWU

Freihandelszonen (FHZ) spielen seit jeher eine wichtige Rolle in der Diplomatie sowohl der EU als auch Russlands. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), ein Programm zur Entwicklung freundlicher und stabiler Beziehungen mit Europas Nachbarn, nutzt Freihandelszonen für den Aufbau engerer Wirtschaftsbeziehungen und politischer Verbindungen mit seinen Anrainern im Osten und im Süden. Aufgrund der wachsenden Rolle der EU in einer Region, die Russland traditionell als seine Einflussphäre betrachtet, fühlte sich das Land jedoch zunehmend isoliert. Als Reaktion auf diese Entwicklung richtete Russland eine Reihe von Freihandelszonen mit ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion ein, die heute die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bilden. Dies erfolgte im Rahmen der Strategie einer „normativen Rivalität“ des Landes, wobei die EAWU-Initiative die erfolgreichste war.⁴ Seitdem macht Russland seinen Einfluss geltend, um andere Länder davon abzuhalten, sich einer Freihandelszone mit der EU anzuschließen – ein Prozess, der seinen Höhepunkt in der Ukraine-Krise fand. Die Karte in Abbildung 1 bietet einen Überblick über die Geographie der verschiedenen Handelsabkommen.

Politisch ließe sich eine EAWU-EU-Freihandelszone damit begründen, dass diese Rivalität zwischen zwei Handelsblöcken, die derzeit noch als sich gegenseitig ausschließend wahrgenommen werden, überwunden werden soll. Wäre Russland Teil des östlichen FHZ-Systems der EU, würde das Land einen bedeutenden wirtschaftlichen Nutzen registrieren und, was vielleicht noch wichtiger ist, sich nicht mehr durch Marginalisierung und Isolierung bedroht fühlen. Somit würde ein Freihandelsabkommen unter Einbeziehung von Russland eine größere politische Stabilität erzeugen, das Konfliktpotenzial mindern und generell zu mehr Wohlstand in der Region führen. Ist der Antagonismus zwischen der EU und Russland erst einmal überwunden, gäbe es keinen Grund mehr, sich gegen die Einbeziehung anderer Länder der Region zu stellen. Dabei könnte es sich um die gegenwärtigen Mitgliedsstaaten der EAWU

handeln, oder die Mitgliedschaft könnte über dieses Gefüge hinaus auf alle verbleibenden GUS-Staaten ausgedehnt werden, die bislang noch nicht Mitglieder eines Handelsblocks sind. Dies würde eine weitergehende wirtschaftliche Integration ermöglichen und Konfrontation durch Kooperation ersetzen.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die ENP wurde im Gefolge der EU-Erweiterung von 2004 konzipiert. Sie sollte die Herausbildung neuer Bruchlinien zwischen der EU und ihren Nachbarn verhindern, indem „besondere Beziehungen zwischen der EU und jedem ihrer Partnerländer entwickelt werden sollen, die zu einer von Sicherheit, Wohlstand und gut nachbarschaftlichen Verhältnissen geprägten Region beitragen.“⁵ Der zwischenstaatliche Handel ist nur eine der Methoden, mit der sich die ENP um die Verwirklichung ihrer Ziele bemüht. Ihm zur Seite stehen eine finanzielle Unterstützung, eine Kooperation in verschiedenen Sektoren der EU-Politik sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Migration und Mobilität.

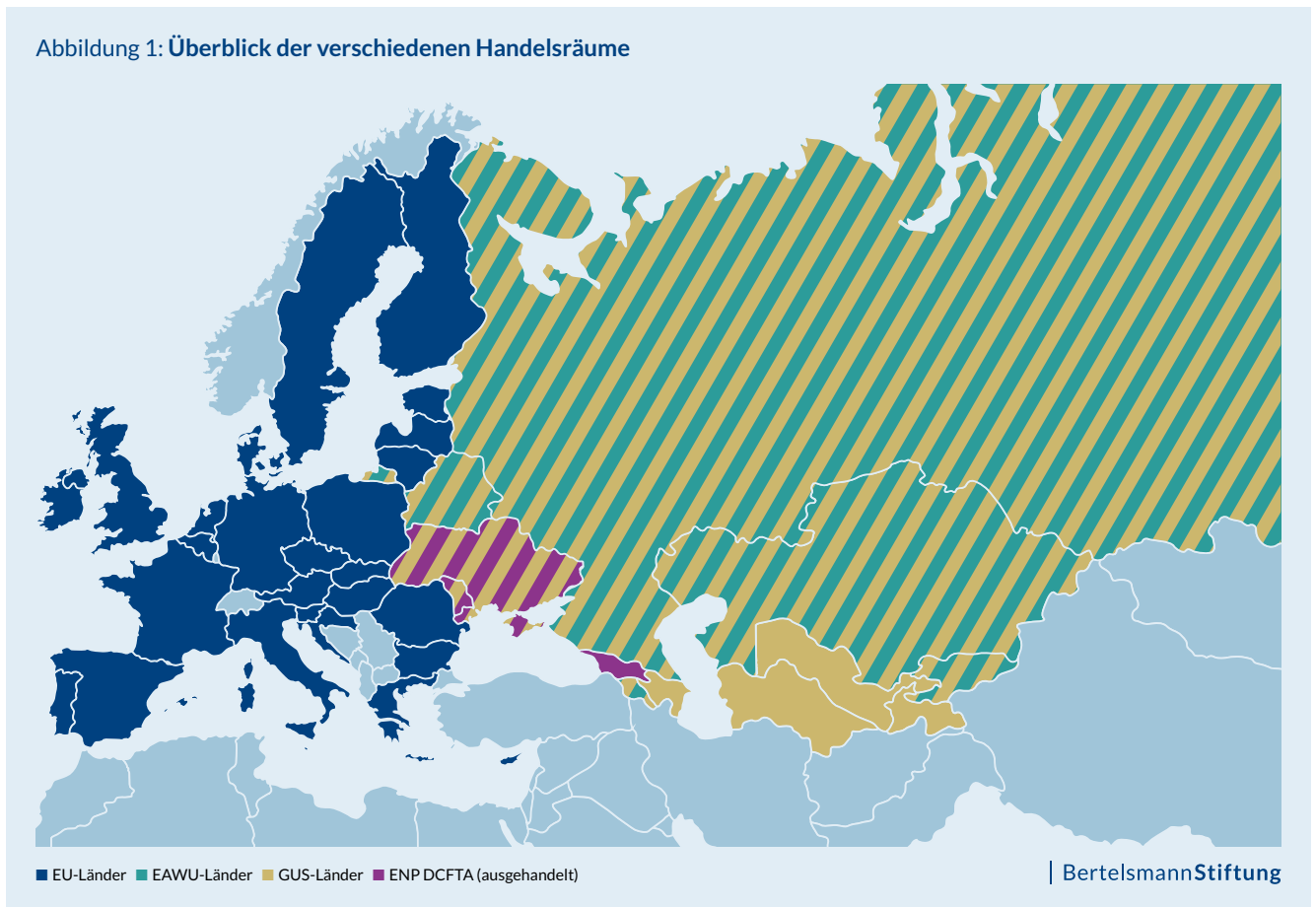
Zur Strategie der ENP gehört die Definition mehrerer strategischer Regionen: die ENP-Region Süd unter Einschluss der Mittelmeerländer, die EU-Erweiterungsagenda unter Einbeziehung der Länder, die kurz vor ihrer Aufnahme als Vollmitglieder der EU stehen, und die ENP-Region Ost, deren Hauptaugenmerk den Ländern Weißrussland, Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan gilt. Russland wurde ein Sonderstatus zugeteilt; somit ist das Land nicht Teil der ENP-Region Ost. Die Kooperation mit Russland erfolgt über das „Gemeinsame Räume“-Programm.

Vertiefte und umfassende Freihandelszonen (DCFTA) sind ein strategischer Bestandteil der ENP-Region Ost. Mittels dieser Abkommen erhalten die teilnehmenden Länder bevorzugten Zugang zum Binnenmarkt der EU und

4 (Dragevna, 2012)

5 (Europäische Kommission, 2014)

Abbildung 1: Überblick der verschiedenen Handelsräume



werden für potenzielle Anleger attraktiver, da sie garantieren, dass sie sich in der gleichen Regulierungsumgebung betätigen können wie in der EU. Die ersten DCFTA-Verhandlungen wurden zwischen der EU und der Ukraine geführt; anschließend wurde mit Georgien, Armenien und Moldawien verhandelt. Das vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine wurde am 19. Juli 2012 paraphiert. Da die Eurasische Wirtschaftskommission der Ukraine mit dem Entzug der EAWU-Mitgliedschaft für den Fall drohte, dass sie ein DCFTA mit der EU abschließen würde, beschloss die Regierung der Ukraine am 21. November 2013, das Abkommen nicht zu unterzeichnen. Diese Entscheidung provozierte Pro-EU-Demonstrationen, die schließlich zum Sturz der Regierung und dem Einsetzen einer proeuropäischen Nachfolgeregierung führten. Das DCFTA zwischen der Ukraine und der EU wird seit Januar 2016 auf vorläufiger Basis umgesetzt, wurde von der EU aber noch nicht formell ratifiziert. Auch die Einführung einer DCFTA mit Armenien erwies sich als kompliziert. Die entsprechenden Verhandlungen wurden im Juli 2013 abgeschlossen. Da die armenische Regierung jedoch eine Beendigung ihrer guten Beziehungen zu Russland befürchtete, beschloss sie, das Abkommen nicht zu ratifizieren

und stattdessen der EAWU beizutreten. Die DCFTA-Abkommen mit Georgien und Moldawien sind seit dem 1. September 2014 in Kraft.

Die Eurasische Wirtschaftsunion und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Lúcio Vinhas de Souza, ein Wirtschaftswissenschaftler der Weltbank, definierte eine eurasische Freihandelszone als „ein das Bruttoinlandsprodukt herabsetzendes System, bei dem die negativen, handelsablenkenden Effekte schwerer wiegen als die positiven, handelsschaffenden Effekte.“⁶ Die wirtschaftliche Legitimation dieser Freihandelszone ist in der Tat nicht besonders überzeugend, und die Motive für das Schmieden eines solchen Konstrukts sind eher politischer als wirtschaftlicher Art. Sie kann als ein Instrument der russischen Außenpolitik betrachtet werden, mit dem das Land seinen normativen Einfluss unter den GUS-Staaten aufrechterhalten will.

6 (Souza, 2011), S.1

Vor der heutigen Eurasischen Wirtschaftsunion hatte es schon andere Versuche gegeben, in dieser Region zu einer wirtschaftlichen Kooperation zu finden. Der Beginn dieser Bemühungen lässt sich ins Jahr 1993 zurückverfolgen, als Russland vorschlug, eine Entwicklung der GUS nach dem auf einer wirtschaftlichen Integration aufgebauten EU-Modell zu ermöglichen. Der erste Schritt bestand in einem 1994 unterzeichneten Freihandelsabkommen, das allerdings nur teilweise umgesetzt wurde und dessen Einhaltung durch die Mitgliedsstaaten nicht gewährleistet werden konnte. Die Schaffung einer funktionalen Region wirtschaftlicher Kooperation war für Präsident Putin eine Priorität. Daher wurde im Jahr 2000 die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft mit den Mitgliedsstaaten Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Tadschikistan gegründet. Eine Zollunion zwischen diesen Ländern wurde im Jahr 2010 umgesetzt. Die Organisation ahmte die Struktur der Europäischen Union nach und setzte einen Integrationsrat ein, der als Exekutive und Konfliktlösungsorgan fungierte. 2014 wurde die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft durch die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) ersetzt, die über eine ähnliche institutionelle Struktur und die gleichen Mitgliedsstaaten verfügt, aber ehrgeizigere politische Ziele verfolgt. Sie will sich von einer Zollunion zu einem gemeinsamen Markt für Waren, Kapital und Arbeitskräfte entwickeln, auf dem die Wettbewerbs- und Finanzregulierung sowie die Energiepolitik harmonisiert ist.

Aus der EAWU ist ein Instrument geworden, das die normative Vorherrschaft der EU und ihrer ENP, die von Russland als Bedrohung empfunden wurde, herausforderte. Dazu Dragevna und Wolczuk: „Die normative Konvergenz als ein wichtiger Grundsatz für den Umgang der EU mit den post-sowjetischen Staaten entwickelte sich zu einem gewaltigen Stolperstein in den Beziehungen mit Russland, das sowohl die Notwendigkeit als auch die Legitimität dieses Ansatzes in Frage stellte. Somit ist Russland nicht bereit, sich dem von ihm als Diktat empfundenen Anspruch der EU zu beugen, und es verlangt eine größere Reziprozität und auf einer

echten Partnerschaft beruhende Beziehungen.“⁷ Die Politik Russlands, die den Gebrauch der EAWU als Instrument für eine „normative Rivalität“ vorsah, war insoweit effektiv, als die EU ihren DCFTA-Ansatz jetzt überdenken und als Reaktion auf die russische Politik anpassen muss.

Überwinden von Spannungen und Schaffen von Vertrauen

Ein Land kann nicht gleichzeitig Mitglied beider Handelsblöcke sein. Daher führt der Wettstreit um Einfluss zu einer Situation, in der Regierungen entscheiden müssen, ob sie freien Handel mit der EU oder der EAWU treiben wollen, ob sie eine proeuropäische oder prorussische Haltung einnehmen wollen, und ob sie die unvermeidlichen negativen Folgen zu akzeptieren bereit sind, die diese Entscheidung und die Verstimmung des anderen Partners mit sich bringen werden. Der wirtschaftliche Nutzen einer EAWU-Mitgliedschaft ist für die meisten Länder deutlich geringer als die Vorteile einer Teilnahme an einer Freihandelszone mit der EU. Für viele osteuropäische und zentralasiatische Volkswirtschaften bleibt der russische Markt jedoch wichtig und ist das politische Wohlwollen Russlands unverzichtbar.

Dieser Konflikt ist durch die Entwicklungen in der Ukraine und in Armenien verstärkt in die Aufmerksamkeit gerückt. Armeniens größter Handelspartner ist die EU, und es liegt Armenien viel daran, positive politische Beziehungen zur EU aufzubauen. Allerdings ist Russland historisch gesehen ein wichtiger Verbündeter Armeniens, und die armenische Regierung wollte auf diese Unterstützung nicht verzichten müssen. Somit sah das Land sich nicht im Stande, das bereits ausgehandelte DCFTA mit der EU zu ratifizieren. Die ukrainische Situation ist weitaus besser bekannt. Für ein Land mit einer zweigeteilten politischen und wirtschaftlichen Struktur ist die Entscheidung, welcher Freihandels-

7 (Dragevna, 2012), S.14

zone es angehören soll, alles andere als einfach. Für den prorussischen industriellen Osten war die Mitgliedschaft in der EAWU eindeutig von Vorteil. Der prowestliche, dienstleistungsorientierte Westen dagegen wünschte sich engere Wirtschaftsbeziehungen mit der EU. Die Entscheidung der prorussischen Regierung von Präsident Janukowitsch, das DCFTA mit der EU nicht zu ratifizieren, führte unter weiten Teilen der Bevölkerung zu empörten Protesten und schließlich zum Sturz der Regierung. Die neue prowestliche Regierung ratifizierte das DCFTA auf Kosten starker Störungen der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, des Ausbruchs separatistischer Kampfhandlungen im Osten der Ukraine und der Annexion der Krim durch Russland.

Diesen Ereignissen folgte eine deutliche Reaktion des Westens. Er verhängte Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die Präsenz von Streitkräften in den östlichen Mitgliedsstaaten der NATO wurde verstärkt. Manche Beobachter haben bereits den Beginn eines neuen kalten Krieges vorhergesagt.⁸ Um die mit der Konfrontation zweier starker Militärböcke verbundenen Gefahren abzuwenden, gilt es, neue Strategien zu entwickeln.

Der starke normative Anspruch der EU hat in Verbindung mit der Erweiterung der NATO dazu geführt, dass sich Russland isoliert und marginalisiert wähnt. Die Tatsache, dass viele GUS-Staaten sich gezwungen sehen, sich entweder für die EU oder für Russland zu entscheiden, hat ein Klima der Konfrontation befeuert. Eine mögliche Deeskalationsstrategie könnte darin bestehen, Präsident Putin beim Wort zu nehmen und den Vorschlag einer Freihandelszone zwischen der eurasischen Region und der EU ernst zu nehmen. Eine derartige Zusammenarbeit würde die Befürchtung zerstreuen, dass sich die europäische Handelspolitik gegen Russland richte. Angesichts der zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile für beide Seiten kann man sich unschwer vorstellen, dass die Kooperation auf dem Gebiet des beiderseitigen Handels zu der Erkenntnis führen

wird, dass Russland, die anderen GUS-Staaten und die EU von einer Partnerschaft profitieren werden.

Wie schon in der Einführung erwähnt, haben einige Politiker eine entschlossener Rolle Russlands bei der Sicherstellung der Einhaltung des Minsker Abkommens gefordert und dies als eine Voraussetzung für die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen bezeichnet. Der infolge eines Freihandelsabkommens zu erwartende konjunkturelle Aufschwung Russlands, wäre ein zusätzlicher Anreiz für eine Intensivierung der Friedensgespräche. Somit könnte allein schon ein derartiger Vorschlag zu einem wirkungsvolleren Friedensprozess in der Ukraine und einer Entspannung in den Beziehungen zwischen der EU und Russland führen.

8 z.B. (Bildt, 2016)

Tabelle 1 Exportentwicklung in einer EU-EAWU-FHZ

	Exporte insgesamt	Exporte in EU28 / ehemalige SU		Exportentwicklung in einer EU-EAWU-FHZ	
	Exporte insgesamt in Mio. €	in Mio. €	in Prozent	Exporte insgesamt in Prozent	Exporte in EU/ ehemalige SU in Prozent
Ehemalige Teilrepubliken der Sowjetunion					
Russland	410.730	223.332	54,00	19,00	32,00
Moldawien	1.941	1.020	53,00	-2,00	2,00
Aserbaidshjan	26.563	12.622	48,00	0,00	-6,00
Armenien	1.475	657	45,00	34,00	81,00
Kasachstan	59.821	25.861	43,00	10,00	18,00
Weißrussland	19.152	7.321	38,00	46,00	109,00
Georgien	2.527	946	37,00	-1,00	1,00
Ukraine	60.028	17.225	29,00	-3,00	2,00
Kirgisistan	2.068	352	17,00	20,00	100,00
Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan	23.357	3.967	17,00	-1,00	1,00
EU 28					
Litauen	18.586	3.313	18,00	10,00	82,00
Zypern	9.320	1.401	15,00	6,00	43,00
Lettland	9.688	1.163	12,00	10,00	79,00
Estland	12.696	1.362	11,00	10,00	81,00
Finnland	70.053	6.903	10,00	6,00	78,00
Polen	140.875	12.136	9,00	5,00	69,00
Bulgarien	24.474	1.528	6,00	2,00	42,00
Rumänien	50.152	2.940	6,00	2,00	30,00
Ungarn	84.409	4.781	6,00	3,00	55,00
Tschechische Republik	115.829	6.135	5,00	3,00	60,00
Slowenien	24.228	1.268	5,00	2,00	45,00
Slowakei	57.168	2.686	5,00	5,00	131,00
Deutschland	1.120.817	51.937	5,00	2,00	59,00
Italien	441.237	17.086	4,00	2,00	67,00
Griechenland	56.022	2.063	4,00	5,00	61,00
Österreich	149.937	5.064	3,00	1,00	49,00
Kroatien	21.830	663	3,00	1,00	54,00
Schweden	165.894	4.999	3,00	1,00	58,00
UK	486.034	14.189	3,00	1,00	59,00
Frankreich	524.116	15.113	3,00	2,00	64,00
Dänemark	113.240	3.160	3,00	2,00	57,00
Niederlande	289.084	7.412	3,00	2,00	72,00
Spanien	297.450	7 %3	2,00	1,00	65,00
Malta	5.979	135	2,00	1,00	31,00
Belgien	292.423	5.893	2,00	1,00	70,00
Luxemburg	54.919	935	2,00	1,00	34,00
Irland	174.019	2.258	1,00	0,00	61,00
Portugal	58.682	640	1,00	0,00	56,00
EU 28	4.869.160	184.167	4,00	2,00	63,00

Tabelle 2 Wirtschaftliche Folgen einer FHZ zwischen EU u. ehemaliger SU

	BIP		Änderung des Realeinkommens (jährlich)			Lohnänderungen	Preisänderungen
	insgesamt in Mrd. €	pro Kopf in €	in Prozent	in Mrd. €	pro Kopf in €	in Prozent	in Prozent
Staaten in Einflussphäre der ehem. SU							
Moldawien	6	1.564	6,20	0,35	97,45	6,90	-2,80
Weißrussland	56	5.917	5,30	2,93	310,83	3,20	-3,30
Ukraine	81	1.896	4,70	3,84	89,93	4,60	-1,20
Russland	1.111	7.593	3,30	37,10	253,61	0,70	-3,10
Aserbaidschan	58	6.107	3,30	1,92	203,48	0,50	-3,30
Turkmenistan	40	6.772	3,00	1,18	200,38	1,00	-2,40
Usbekistan	59	1.914	3,00	1,75	56,64	1,00	-2,40
Tadschikistan	7	853	3,00	0,21	25,24	1,00	-2,40
Georgien	12	3.344	2,90	0,36	96,58	3,00	-0,80
Armenien	10	3.188	2,60	0,25	83,57	2,70	-0,70
Kirgisistan	6	1.077	2,50	0,16	26,48	3,30	-1,00
Kasachstan	175	9.912	2,30	3,99	225,44	0,40	-2,40
Albanien	10	3.775	0,00	0,00	0,02	-0,10	-0,10
Bosnien-Herzegowina	14	3.622	0,00	0,00	-1,07	0,00	0,00
Montenegro	4	5.728	0,00	0,00	-1,70	0,00	0,00
Serbien	33	4.586	0,00	-0,01	-1,36	0,00	0,00
Mazedonien	9	4.375	0,00	0,00	-1,30	0,00	0,00
EU28							
Lettland	25	12.340	1,90	0,48	237,39	3,20	0,50
Litauen	38	12.869	1,80	0,66	226,79	3,80	1,00
Kroatien	44	10.383	1,50	0,66	155,17	3,30	1,40
Estland	21	15.662	1,30	0,27	202,44	2,00	0,10
Zypern	17	19.352	1,30	0,22	243,28	1,80	0,10
Ungarn	107	10.804	1,00	1,03	104,36	1,30	0,40
Slowakei	77	14.284	1,00	0,74	135,84	1,70	0,70
Bulgarien	42	5.916	0,90	0,40	55,30	1,20	0,10
Polen	433	11.381	0,60	2,78	73,02	1,50	0,60
Tschechische Republik	164	15.576	0,60	1,05	99,34	1,10	0,50
Finnland	207	37.893	0,50	1,13	207,04	1,20	0,50
Slowenien	38	18.616	0,50	0,21	100,97	1,10	0,50
Griechenland	173	15.870	0,50	0,91	82,96	0,60	-0,10
Rumänien	157	7.916	0,40	0,69	34,55	0,70	0,20
Malta	8	19.360	0,40	0,03	78,91	0,50	-0,10
Irland	204	43.988	0,30	0,67	143,06	0,30	0,10
Belgien	412	36.363	0,30	1,33	117,52	0,60	0,20
Niederlande	675	39.847	0,30	2,18	128,47	0,50	0,20
Italien	1.635	26.827	0,30	4,87	79,87	0,50	0,20
Deutschland	3.030	37.092	0,30	9,01	110,27	0,60	0,30
Dänemark	262	46.220	0,30	0,76	134,54	0,40	0,10
Österreich	335	39.140	0,30	0,86	100,05	0,50	0,30
Schweden	435	44.011	0,20	0,82	83,08	0,30	0,20
Spanien	1.098	23.663	0,20	1,86	40,02	0,30	0,10
Luxemburg	52	92.746	0,10	0,08	135,06	0,40	0,20
Portugal	178	17.063	0,10	0,25	24,13	0,20	0,00
Frankreich	2.178	33.911	0,10	2,91	45,39	0,30	0,10
UK	2.575	39.654	0,10	3,25	50,03	0,20	0,00
EU28	14.620	28.745	0,30	40,07	78,84		

Die makroökonomischen Effekte

Um verstehen zu können, weshalb eine Freihandelszone zwischen zwei Handelsblöcken eine attraktive Option wäre, ist eine Beschreibung der zu erwartenden makroökonomischen Auswirkungen erforderlich. Nach einer von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebenen Studie (Felbermayr, 2016), die die langfristigen Folgen einer Handelsintegration untersucht, ist der handelsschaffende Effekt beträchtlich.⁹ Insbesondere die Länder der EAWU dürften erhebliche Vorteile erwarten. Das Handelsvolumen würde wahrscheinlich zunehmen und das Pro-Kopf-Einkommen ein bedeutendes Niveau erreichen. In Russland, könnte das jährliche Realeinkommen um bis zu 235 Euro bzw. 3,1 Prozent steigen. Auch die EU würde positive Handelseffekte verzeichnen, insbesondere die baltischen Staaten. Da der wichtigste Handelsvorteil jedoch aus der Tatsache hervorgeht, dass die teilnehmenden Länder sich auf die Güter oder Dienstleistungen spezialisieren, die sie am effizientesten bereitstellen können – in der Ökonomie als komparativer Kostenvorteil bezeichnet –, bringt jede Handelsvereinbarung eine Umstrukturierung der Wirtschaft mit sich. Manche Sektoren geraten unter Druck, während andere florieren. Je stärker diese Verteilungseffekte ausfallen, desto schwieriger gestaltet sich der ökonomische Übergang. Eine kompetente Gestaltung dieses Übergangs ist wichtig, um die positiven Effekte eines Handelsabkommens realisieren zu können. Auch wenn im vorliegenden Fall von eher moderaten Übergangseffekten ausgegangen wird, darf diese Herausforderung nicht gänzlich ignoriert werden. Gelingt es nicht, die volkswirtschaftliche Transition erfolgreich zu gestalten, könnte es zu sozialen und politischen Verwerfungen kommen, die den politischen Zweck eines solchen Abkommens unterminieren könnten. In diesem Abschnitt geht es um eine Beschreibung der erwarteten Effekte für die teilnehmenden Volkswirtschaften – insgesamt und pro Wirtschaftssektor – und um die Entwicklung von Ideen

dazu, wie der implizierte wirtschaftliche Übergang effektiv gestaltet werden kann.

Bedeutende Handelsschaffung

Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines intensivierten Handels zwischen der EU und der eurasischen Region wurden von (Felbermayr, 2016) umfassend analysiert. Die Ergebnisse dieser Studie sind in diesem Abschnitt zusammengefasst. Die Berechnungen des Autors stützen sich auf das Jahr 2011, d. h. sie beziehen sich auf Datenreihen vor der Verhängung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland. Daher sind die erwarteten, hier beschriebenen Auswirkungen konservative Schätzungen, die eher geringer ausfallen, als das bei einer tatsächlich eingerichteten Freihandelszone zu erwarten wäre. Es wurden verschiedene Szenarien berechnet. In geografischer Hinsicht befasste sich die erste Fallstudie mit einer Freihandelszone zwischen der EAWU und der EU, die jedoch anschließend auf mehr GUS-Staaten und andere Länder in der Einflussphäre der ehemaligen Sowjetunion ausgedehnt wurde. Generell wurden eine „tiefe“ und eine „flache“ Version eines Handelsabkommens berechnet, um dem Leser einen Eindruck von der potenziellen Ober- und Untergrenze der erwarteten Effekte zu vermitteln.

Das erwartete Wachstumspotenzial einer Freihandelszone zwischen der EAWU und der EU ist beträchtlich. Im Falle eines tiefen (umfassenden, „tiefen“) Abkommens würden die Exporte Russlands in die EU gegenüber 2011 um ca. 32 Prozent zunehmen, die Exporte Armeniens um über 80 Prozent, und die Exporte Weißrusslands und Kirgisistans würden sich verdoppeln. Aber auch die EU würde profitieren: Ihre Gesamtexporte in die Staaten der EAWU würden um ca. 60 Prozent steigen, wobei das Wachstumspotenzial in der Slowakei, in Finnland und in Polen am größten ist. Deutsche Exporte würden um etwa 59 Prozent zunehmen. Für den Fall, dass die potenzielle Freihandelszone aus mehr als nur den EAWU-Staaten besteht und auch einige

⁹ Das von (Felbermayr, 2016) verwendete Modell berechnet ein langfristiges Gleichgewicht der Handelseffekte. Ein derartiges langfristiges Gleichgewicht wird gewöhnlich innerhalb von 12 bis 15 Jahren nach der Integration erreicht. Dabei werden keine Übergangseffekte berücksichtigt.

Länder aus dem Einflussbereich der ehemaligen Sowjetunion umfasst, wären die positiven Auswirkungen noch stärker. Die Auswirkungen für alle Länder sind in den Tabellen 1 und 2 ausführlich dargestellt.

Was das Pro-Kopf-Einkommen betrifft, so würde ein tiefes EAWU-EU-Handelsabkommen das jährliche Realeinkommen Russlands um 3,1 Prozent bzw. 34 Milliarden Euro erhöhen. Der Nutzen für Weißrussland wäre mit einem Einkommensanstieg um 4,9 Prozent sogar noch höher, und die Wachstumseffekte in den anderen Staaten der EAWU wären ebenfalls positiv und von einem erheblichen Ausmaß. Sollten andere GUS-Staaten nicht Teil eines solchen Handelsabkommens sein, hätte eine Handelsvereinbarung zwischen der EAWU und der EU wegen der handelsablenkenden Effekte leicht negative Folgen für diese Länder. In Europa könnten die baltischen Staaten die höchsten Zuwachsraten erwarten: Ihr Pro-Kopf-Einkommen würde um 1,2 bis 1,9 Prozent zunehmen, was einem Betrag von bis zu 200 Euro pro Person entspricht. Die EU insgesamt würde ihr Realeinkommen um ca. 30 Milliarden Euro steigern. Deutschland liegt im Vergleich mit anderen EU-Ländern im Mittelfeld, könnte aber mit einem Pro-Kopf-Anstieg von bis zu 90 Euro rechnen. Selbst ein flaches Handelsabkommen würde immer noch deutlich positive Effekte erzielen.

Die Wirtschaftssektoren, die in Russland am stärksten profitieren würden, haben alle mit natürlichen Ressourcen zu tun, allen voran die Ölindustrie. Aber auch die Metallbranche würde positive Effekte verzeichnen. Der Landwirtschafts- und Automobilsektor dagegen müsste mit eher negativen Auswirkungen rechnen. Für die EU wird von einem genau umgekehrten sektorspezifischen Effekt ausgegangen: Hier würden der Landwirtschafts- und Automobilsektor am meisten gewinnen. Die Auswirkungen auf verschiedene Wirtschaftssektoren in Russland sind in Tabelle 3 dargestellt. Diese Effekte sind in allen anderen EAWU-Staaten ähnlich. Der Gesamtprozentsatz der freigesetzten Arbeitskräfte – also Arbeitnehmer, die in einen anderen Sektor wechseln müssten – ist in Tabelle 4 dargestellt.

Ich habe bisher nur die Auswirkungen einer tiefen FHZ beschrieben. In Tabelle 5 werden verschiedene Szenarien miteinander verglichen. Aus dieser Darstellung ist ersichtlich, dass eine bloße Eliminierung von Zollabgaben nur mäßige Auswirkungen zur Folge hat. Der Einkommensanstieg ist jedoch erheblicher, sobald zusätzlich zur Abschaffung der Zölle auch die nichttarifären Handelshemmnisse (NTH) abgebaut werden. Bitte beachten Sie, dass Tabelle 5 die Berechnungen für eine EU-EAWU-FHZ wiedergibt. Daher würden in einigen Ländern, die keinem der beiden Handelsblöcke angehören, geringere handelsablenkende Effekte eintreten.

Wirtschaftliche Übergangseffekte

Die in Tabelle 4 angegebenen ablenkenden Effekte für verschiedene Sektoren implizieren bestimmte Übergangskosten. In manchen Sektoren wird es zur Schaffung von Arbeitsplätzen kommen und in anderen zu Entlassungen; der Nettoeffekt für den Arbeitsmarkt ist jedoch positiv. Tabelle 3 zeigt auch die Beschäftigungseffekte nach Sektor für Russland im Falle eines EAWU-EU-Abkommens. In diesem Szenario müssten 1,2 Prozent der gesamten Arbeitnehmerschaft von einem Sektor zu einem anderen wechseln. Auch in anderen EAWU-Staaten müsste ein bedeutender Teil der Arbeitnehmerschaft einen Stellenwechsel vollziehen (siehe Tabelle 4).

Das von (Felbermayr, 2016) verwendete Wirtschaftsmodell geht unmittelbar von einem langfristigen wirtschaftlichen Gleichgewicht zu einem anderen über. Diese Methode bietet den Vorteil, dass die langfristigen positiven Effekte des freien Handels sofort offensichtlich werden. Allerdings hat sie auch den Nachteil, dass kurzfristige Übergangskosten nicht im Detail analysiert werden können. Die Neuausrichtung der Volkswirtschaften der EAWU brächte mit Sicherheit bestimmte Übergangseffekte mit sich, die kontrolliert werden müssen, um eine allgemeine Unzufriedenheit mit einem solchen Handelsabkommen zu vermeiden. Das

betrifft vornehmlich die Staaten der EAWU; die Übergangseffekte in der EU können vernachlässigt werden, und auch die Folgen für andere GUS-Staaten sind viel geringer als in EAWU-Ländern. Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass der langfristige wirtschaftliche Nutzen schwerer wiegt als potenzielle negative Übergangskosten.

Welche Strategien könnten für einen reibungsloseren Übergang angewandt werden? Man kann sich zwei einander ergänzende Ansätze vorstellen:

- **Schrittweise Sequenzierung der Zoll- und NTH-Reduzierungen im Freihandelsabkommen:** Im Freihandelsabkommen müssen nicht alle Handelshemmnisse gleichzeitig abgebaut werden. Eine kluge Strategie bestünde darin, Handelshemmnisse zuerst in den Sektoren zu abzubauen, die am meisten profitieren würden. Diese Sektoren würden bereits anfangen zu wachsen, auch wenn sie ihr Potenzial noch nicht voll ausschöpfen würden. Im Anschluss daran könnten Handelshemmnisse allmählich in den Sektoren abgebaut werden, in denen es wahrscheinlich zu negativen Auswirkungen kommen wird. Dank dieses Schritt-für-Schritt-Vorgehens könnten die wachsenden, besonders erfolgreichen Sektoren die neu zur Verfügung stehenden Arbeitnehmer absorbieren und somit die übergangsweise Arbeitslosigkeit minimieren. Theoretisch wäre es auch möglich, auf eine Liberalisierung negativ beeinflusster Sektoren zu verzichten. Allerdings wäre der allgemeine wirtschaftliche Zugewinn nicht ganz so hoch wie im Falle einer tiefen und umfassenden Handelsliberalisierung in Verbindung mit einem reibungslosen Übergang.
- **Unterstützungsprogramme:** Da die einen Zuwachs verbuchenden Sektoren andere Fähigkeiten erfordern als die Sektoren, die mit einem Abschwung rechnen müssen, müssen Arbeitnehmer eventuell umgeschult werden. In einigen Fällen bedürfen die sich herausbildenden neuen Industrien eventuell technischer und finanzieller Unterstützung, damit sie in Gang kommen. Hier könnten angemessene Unterstützungsprogramme zu Hilfe

kommen, die von den Mitgliedsstaaten selbst ausgeführt werden könnten. Je nach der wirtschaftlichen Situation des betreffenden Landes und dem Ausmaß der benötigten Hilfsmaßnahmen könnte jedoch die EU hier sinnvolle Hilfe leisten.

Sicherzustellen, dass eine Freihandelszone zwischen der EU und der Region Eurasien erfolgreich ist und allgemeine Unterstützung genießt, ist entscheidend, damit dieses Projekt politisch legitimiert werden kann. Wenn das Ziel darin besteht, durch Wohlstand und Stabilität Frieden zu schaffen, ist es wichtig, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Eindruck gewinnt, dass sie von einem solchen Freihandelsabkommen profitieren würde.

Tabelle 3 Bewertung des Zusatzwertes pro Sektor in Russland in einer EU-EAWU-FHZ, oberste und unterste 5

Rang	Sektor	Aktuell		Änderung durch EU-EAWU-FHZ		
		in Mio. €	Anteil des nationalen Wertzuwachs in Prozent	in Mio. €	in Prozent	Beschäftigung in Tsd
1	Öl	162.333	13,55	11.193	7,00	185
2	Metalle	13.177	1,10	2.972	23,00	161
3	Erdölprodukte	13.207	1,10	2.021	15,00	137
4	Mineralien	9.143	0,76	1.545	17,00	80
5	Kohle	9.037	0,75	1.126	12,00	79
...						
53	Papier	5.080	0,42	-876	-17,00	-67
54	Milchprodukte	5.830	0,49	-1.096	-19,00	-78
55	Fertigung	28.860	2,41	-1.258	-4,00	-131
56	Automobil	4.831	0,40	-1.801	-37,00	-169
57	Gemüse, Obst, Nüsse	15.455	1,29	-2.647	-17,00	-249

Tabelle 4 Prozentsatz der den Sektor wechselnden Arbeitnehmer in einer FHZ zwischen EU und Staaten unter Einfluss der ehemaligen SU

Kirgisistan	2,17
Weißrussland	1,89
Armenien	1,21
Russland	1,20
Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan	0,74
Ukraine	0,65
Moldawien	0,65
Kasachstan	0,61
Georgien	0,39
Aserbajdschan	0,39
Albanien	0,30
Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien	0,18

Tabelle 5 Auswirkungen einer EU-EAWU-FHZ auf Sozialleistungen in verschiedenen Szenariens – Änderung des BIP (jährlich)

	Abschaffung von Zöllen				Abschaffung von Zöllen und leichte Reduzierung von NTH				Abschaffung von Zöllen und starke Reduzierung von NTH			
	Nur Industriesektoren		Alle Sektoren		Nur Industriesektoren		Alle Sektoren		Nur Industriesektoren		Alle Sektoren	
	in Prozent	€ pro Kopf	€ pro Kopf	€ pro Kopf	in Prozent	€ pro Kopf	in Prozent	€ pro Kopf	in Prozent	€ pro Kopf	in Prozent	€ pro Kopf
Staaten in Einflussphäre der ehem. SU												
Weißrussland	0,00	1,6	0,10	6,0	2,00	117,2	2,60	151,3	4,00	234,9	4,90	289,4
Russland	0,20	18,9	0,40	28,7	1,10	86,8	1,60	122,4	2,30	173,0	3,10	234,5
Armenien	0,00	0,2	0,00	-0,4	0,70	22,2	1,10	33,8	1,60	50,6	2,30	74,7
Kirgisistan	0,10	0,7	0,20	2,2	0,60	6,1	0,80	8,8	1,70	17,8	2,30	25,0
Kasachstan	-0,10	-9,9	-0,10	-9,9	0,50	49,6	0,70	69,4	1,20	120,8	1,70	165,1
Moldawien	0,00	0,7	0,00	0,8	0,00	0,6	0,00	0,3	0,10	1,3	0,10	1,2
Georgien	0,00	0,8	0,00	1,1	0,00	0,7	0,00	1,1	0,00	1,2	0,10	2,0
Aserbaidschan	-0,10	-4,3	-0,10	-6,2	0,10	3,4	0,00	2,0	0,10	6,4	0,00	2,9
Tadschikistan	-0,10	-0,8	-0,10	-0,9	-0,10	-0,7	-0,10	-0,8	-0,10	-0,7	-0,10	-1,0
Turkmenistan	-0,10	-6,2	-0,10	-7,4	-0,10	-5,5	-0,10	-6,7	-0,10	-5,9	-0,10	-8,1
Usbekistan	-0,10	-1,8	-0,10	-2,1	-0,10	-1,6	-0,10	-1,9	-0,10	-1,7	-0,10	-2,3
Ukraine	0,00	-0,8	0,00	-0,9	-0,10	-2,2	-0,10	-2,3	-0,20	-3,1	-0,20	-3,3
Bosnien-Herzegowina	0,00	-0,1	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	-0,2	0,00	-0,1	0,00	-0,1
Mazedonien	0,00	-0,1	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	-0,2	0,00	-0,2	0,00	-0,1
Montenegro	0,00	-0,2	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	-0,2	0,00	-0,2	0,00	-0,1
Serbien	0,00	-0,1	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	-0,2	0,00	-0,2	0,00	-0,1
Albanien	0,00	-0,4	0,00	-0,6	0,00	-0,3	0,00	-0,6	0,00	-0,1	0,00	-0,4
EU 28												
Lettland	0,10	11,1	0,20	24,6	0,80	95,7	1,00	121,3	1,50	179,4	1,80	220,3
Litauen	0,20	29,1	0,30	38,5	0,60	83,2	0,90	118,1	1,20	155,0	1,60	206,3
Estland	0,10	12,1	0,20	23,6	0,60	94,2	0,70	112,6	1,10	169,0	1,20	187,2
Zypern	0,00	-1,2	0,00	-1,3	0,40	69,2	0,60	108,6	0,50	97,0	1,00	199,9
Slowakei	0,30	48,9	0,40	51,0	0,50	69,1	0,50	71,2	0,70	101,3	0,70	105,8
Ungarn	0,20	18,8	0,20	23,1	0,40	38,6	0,40	42,7	0,50	52,6	0,50	59,1
Finnland	0,10	37,2	0,10	35,2	0,30	108,4	0,30	124,0	0,50	182,2	0,50	197,6
Tschechische Rep.	0,20	24,6	0,20	27,0	0,30	45,7	0,30	50,1	0,50	71,4	0,50	79,9
Griechenland	0,00	3,2	0,00	4,6	0,30	54,8	0,40	61,3	0,30	52,6	0,40	66,8
Polen	0,10	10,8	0,10	13,3	0,20	25,6	0,30	30,1	0,30	39,5	0,40	47,4
Bulgarien	0,10	3,5	0,10	4,5	0,20	10,5	0,20	13,8	0,30	16,2	0,40	22,3
Slowenien	0,10	17,2	0,10	20,1	0,20	43,8	0,30	47,0	0,30	59,4	0,40	65,6
Irland	0,10	25,3	0,10	37,0	0,10	47,2	0,20	78,8	0,10	61,6	0,30	122,5
Belgien	0,00	11,6	0,00	15,3	0,10	50,6	0,20	63,2	0,20	79,4	0,30	101,3
Niederlande	0,00	12,5	0,10	22,2	0,10	52,2	0,20	66,6	0,20	90,2	0,30	111
Malta	0,00	4,7	0,00	4,6	0,20	33,7	0,20	38,7	0,20	39,6	0,30	50,8
Dänemark	0,00	-2,4	0,00	2,8	0,10	42,8	0,10	50,1	0,20	100,8	0,30	116,7
Deutschland	0,10	24,4	0,10	27,7	0,10	52,8	0,20	58,9	0,20	80,3	0,20	90,8
Italien	0,00	8,8	0,00	12,5	0,10	27,1	0,10	31,9	0,20	43,6	0,20	51,3
Rumänien	0,00	1,1	0,00	1,2	0,10	6,5	0,10	6,4	0,20	12,7	0,20	13,4
Schweden	0,00	16,5	0,00	17,7	0,10	35,3	0,10	41,6	0,10	59,4	0,20	73,6
Österreich	0,00	11,0	0,00	14,1	0,10	28,4	0,10	39,0	0,10	46,0	0,20	65,3
Kroatien	0,00	2,4	0,00	3,8	0,10	6,3	0,10	8,8	0,10	10,0	0,10	15,3
Spanien	0,00	3,1	0,00	5,2	0,10	13,5	0,10	19,2	0,10	21,5	0,10	29,7
Frankreich	0,00	6,6	0,00	9,5	0,10	24,8	0,10	27,3	0,10	32,2	0,10	38,4
UK	0,00	2,6	0,00	2,1	0,00	16,8	0,10	21,8	0,10	29,6	0,10	38,9
Luxemburg	0,00	5,7	0,00	7,5	0,00	30,6	0,10	51,0	0,00	41,8	0,10	87,2
Portugal	0,00	2,0	0,00	2,3	0,00	4,8	0,00	7,4	0,10	9,3	0,10	11,9

Schlussbemerkung

Die gegenwärtige Konfrontation zwischen Russland und der EU ist in vielerlei Hinsicht gefährlich. Die geopolitische Umsetzung von Handelsstrategien durch beide Parteien hat in der Vergangenheit zu zunehmenden Spannungen und zu der derzeitigen Bedrohung von Frieden und Stabilität geführt. Daher müssen neue Strategien entwickelt werden, die diese Rivalität überwinden, statt ihr neue Nahrung zu geben. Über den Handel können stärkere Verbindungen aufgebaut werden, was einer besseren Zusammenarbeit förderlich ist. Die Überwindung der den bisherigen Handelsvereinbarungen innewohnenden Rivalität könnte die Sicherheitslage verbessern und darüber hinaus in den beteiligten Ländern zu einem größeren Wohlstand führen.

Die von einer Freihandelszone zwischen der EAWU und der EU zu erwartenden Vorteile sind beträchtlich, insbesondere für die EAWU-Staaten und die östlichen Mitgliedsstaaten der EU. Noch bedeutendere Auswirkungen könnten erzielt werden, wenn auch andere GUS-Staaten – also nicht nur Länder der EAWU – diese Kooperation mittragen würden. Die Nettoeffekte sind nicht nur allgemein positiv, sondern eine erhebliche Verbesserung der Kaufkraft der Bevölkerung, insbesondere in den EAWU-Staaten. Auch wenn mit einem potenziellen Freihandelsabkommen gewisse Umverteilungseffekte verbunden sind, könnten diese durch sorgfältig durchdachte Übergangsstrategien gemindert werden.

Eine Freihandelszone zwischen der EU und der Region Eurasien besitzt ein hohes Potenzial, Spannungen zu deeskalieren und ein Fundament für eine zukünftige Kooperation zu schaffen. Ein solcher Plan sollte nicht leichthin verworfen werden.

Abkürzungen

GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
EU	Europäische Union
EAWU	Eurasische Wirtschaftsunion
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
FHZ	Freihandelszone
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NTH	Nichttarifäre Handelshemmnisse

Quellen

Bildt, C. (2016, 2 11). Three Ways to Stop a ‘Revisionist, Militaristic’ Russia. *Politico*.

Der Standard. (03.06.2016). Merkel: Russland-Sanktionen enden bei Minsk-Erfüllung sofort.

Dragevna, W. (2012, 08). Russia, the Eurasian Customs Union and the EU: Cooperation, Stagnation or Rivalry. *Chatham House Briefing Paper*.

European Commission. (2014). *Neighbourhood at the Crossroads – Taking Stock of a Year of Challenges*. Brussels.

Felbermayr, A. u. (2016, 07). Free Trade from Lisbon to Vladivostok: Who is Positively or Negatively Impacted by a Eurasian Free Trade Agreement? *Bertelsmann Stiftung, GED Studies*.

Jackson, M. a. (2014, 05). Networks of Military Alliances, Wars, and International Trade. *Stanford Graduate School of Business Working Paper 3097*.

Souza, d. (2011). *An Initial Estimation of the Economic Effects of the Creation of the EurAsEC Customs Union on Its Members*. Washington DC: World Bank Poverty Reduction and Economic Management Network.

Spiegel. (2016, 06 23). Kritik an der Nato: Ischinger warnt vor Kriegsgefahr mit Russland.

Imprint

© 2016 Bertelsmann Stiftung
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Christian Bluth

Autor
Christian Bluth

Grafik-Design
Dietlind Ehlers, Bielefeld

Titelbild
Shutterstock/Zholobov Vadim

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

GED-Team
Programm Nachhaltig Wirtschaften
Telefon +49 5241 81-81353
ged@bertelsmann-stiftung.de
www.ged-project.de

www.bertelsmann-stiftung.de